

GEMEINSAM GEGEN MENSCHENHANDEL UND GEWALT AN MIGRANTINEN

# KOK NEWSLETTER 03 // 20

**INHALT**

**BERLIN, 13.10.2020**

A. NEUIGKEITEN .....	1
B. VERÖFFENTLICHUNGEN DES KOK .....	4
C. KOK-INTERNE VERANSTALTUNGEN .....	5
D. VERANSTALTUNGEN .....	6
E. RECHTLICHE ENTWICKLUNGEN .....	7
F. INFORMATIONSMATERIAL UND PUBLIKATIONEN .....	8
G. Neuigkeiten aus der KOK-Rechtsprechungsdatenbank.....	10
RUBRIK WISSEN – Auswirkungen der Pandemie auf Betroffene von Menschenhandel.....	10

## A. NEUIGKEITEN

---

### **+++ Gesetzentwurf zur Änderung des Freizügigkeitsgesetzes +++**

Die Bundesregierung hat dem Bundestag einen [Entwurf zur aktuellen Anpassung des Freizügigkeitsgesetzes/EU](#) vorgelegt, über welchen am 10.09.2020 im Rahmen einer ersten Lesung beraten wurde. Das Freizügigkeitsgesetz soll durch die Änderungen europäischen Vorgaben entsprechend angepasst werden. So soll beispielsweise der Zuzug nahestehender Personen von Unionsbürger\*innen erleichtert werden.

Eine Änderungsmaßnahme, die der KOK und weitere Verbände jedoch scharf kritisierten, war die geplante Streichung der „fiktiven Prüfung“ eines Aufenthaltsrechts, welche gravierende Folgen für Betroffene des Menschenhandels aus EU-Mitgliedstaaten mit sich bringen würde. Aus diesem Grund hat der KOK einen Brief an für dieses Thema relevante Abgeordnete des Bundestags verfasst. Darin wurde auf dieses Problem in Bezug auf Betroffene von Menschenhandel sowie auf die ausführliche [Stellungnahme des Paritätischen Gesamtverbandes](#) hingewiesen und dringend empfohlen, sich gegen die Streichung der Möglichkeit einer „fiktiven Prüfung“ eines Aufenthaltsrechts auszusprechen.

Am 05.10.2020 fand eine Sachverständigenanhörung zu dem Gesetzentwurf im Ausschuss für Inneres und Heimat des Bundestages statt. Der KOK wurde eingeladen zu dieser öffentlichen Sitzung [schriftlich](#) und mündlich Stellung zu nehmen. In der zweistündigen mündlichen Sitzung vertrat Bianca Schulze-Rautenberg den KOK. Nach einer weiteren Sitzung am 07.10.2020 hat der Ausschuss für Inneres und Heimat nun eine [Beschlussempfehlung](#) gefasst, in der u.a. die geplante Regelung zur Außerkraftsetzung der „fiktiven Aufenthaltsprüfung“ gestrichen wurde. In diesem Punkt folgte der Ausschuss also den von verschiedenen Verbänden vorgetragenen Empfehlungen. Am Freitag den 09.10.2020 fanden die zweite und dritte Lesung im Bundestag statt. Dabei wurde der Entwurf in der vom Innenausschuss geänderten Fassung [beschlossen](#).

### **+++ Kritik am neuen EU-Migrationspaket +++**

Die Europäische Kommission hat am 24.09.2020 ein [Migrations- und Asylpaket](#) vorgestellt, das einige grundsätzliche Reformen des gemeinsamen europäischen Asylsystems vorsieht. Der Mediendienst Integration fasst wichtige Änderungen zusammen und berichtet über die [Kritik](#) einiger Migrationsforscher\*innen, die in dem Paket eine Abkehr von europäischen Grundwerten und Prinzipien des international verankerten Flüchtlingschutzes sehen. Der Fokus des Migrationspakets verschiebe sich auf die Vereinfachung der Rückführung von Migrant\*innen. So sollen zum Beispiel durch das sogenannte Pre-Entry Verfahren Migrant\*innen aus „sicheren Herkunftsländern“ direkt an der Grenze identifiziert und eine schnellere Rückführung ermöglicht werden. Der Deutsche Juristinnenbund e.V. (djb) kritisiert in einer [Pressemitteilung](#) vom 25.09.2020 zudem, dass der besondere Schutzbedarf von Frauen und Kindern sowie die erforderlichen Gewaltschutzmaßnahmen zur Sicherstellung gewaltfreier Asylverfahren in dem Migrationspaket unberücksichtigt bleiben. Auch [Pro Asyl](#) beteiligt sich an der Kritik und setzte eine [Petition](#) gegen das neue Migrationspaket auf.

### **+++ GRETA: Leitfaden zur Bekämpfung von Menschenhandel zum Zwecke der Arbeitsausbeutung +++**

GRETA, die Expert\*innengruppe gegen Menschenhandel des Europarats, hat am 18.09.2020 einen [Leitfaden](#) zur Bekämpfung von Menschenhandel zum Zwecke der Arbeitsausbeutung veröffentlicht. Ausgehend von der Evaluation der Staatenberichte fasst der Leitfaden effektive Maßnahmen zusammen, die in verschiedenen Staaten zur Prävention und Bekämpfung von Arbeitsausbeutung eingesetzt wurden.

### **+++ Podcasts zum Thema Menschenhandel +++**

Anlässlich des Welttages gegen Menschenhandel am 30.07. und der gleichzeitigen Veröffentlichung des neuen KOK-Buchs (siehe Rubrik KOK-Publikationen in diesem Newsletter) wurden auch zwei Podcasts zum Thema Menschenhandel veröffentlicht.

Andrea Hitzke spricht mit Victoria Lies von der [Refugee Law Clinic](#) in Berlin in der Podcast-Reihe [Asyl im Dialog](#) über den Zusammenhang zwischen Menschenhandel und Flucht. Sie berichtet von ihren Erfahrungen als Leiterin der Fachberatungsstelle für Betroffene von Menschenhandel der Dortmunder Mitternachtsmission e.V., anlässlich des Welttages gegen Menschenhandel und der Veröffentlichung des KOK-Buchs *Menschenhandel in Deutschland – Rechte und Schutz für Betroffene*.

Der Podcast kann alternativ auch bei [iTunes](#); [Spotify](#) und [Podcast.de](#) angehört und heruntergeladen werden.

In einem weiteren [Podcast](#) unterhält sich Sophia Wirsching mit Nike Wessel vom Studio 36 Berlin über das Thema Menschenhandel in Deutschland, mit Bezug auf Migration, Auswirkungen der Corona-Krise und über das neue KOK-Buch zu Menschenhandel.

### **+++ Evaluierungsbericht zur EU-RiLi 2011/36 +++**

Das Europäische Parlament hat einen [Evaluierungsbericht](#) zur Umsetzung der EU-Richtlinie zur Bekämpfung des Menschenhandels veröffentlicht. Der Bericht sammelt Erkenntnisse über die Fortschritte und Herausforderungen bei der Umsetzung der Richtlinie auf nationaler Ebene mit einem Schwerpunkt auf den Themen Migration und Gender.

Fast 10 Jahre nach ihrer Verabschiedung bleibt die Richtlinie ein wertvolles Instrument zur Bekämpfung des Menschenhandels in der Europäischen Union (EU). Dennoch weist die Evaluierung auf die Notwendigkeit hin, die Anstrengungen fortzusetzen, um die Anwendung ihrer Bestimmungen in allen wichtigen Aspekten der Richtlinie zu gewährleisten. Die nach wie vor bestehenden Grauzonen und Hindernisse sind groß genug, um die vollständige Erreichung der Ziele der Richtlinie zu gefährden.

### **+++ Statement von La Strada International zur Entwicklung einer neuen EU Strategie zur Bekämpfung von Menschenhandel +++**

[La Strada International](#), deren Mitgliedsorganisation der KOK ist, reichte am 01.09.2020 ein [Statement](#) zur geplanten neuen EU-Strategie zur Bekämpfung von Menschenhandel bei der Europäischen Kommission ein. Die neue Strategie wird aktuell von der EU erarbeitet. Der KOK hat ebenfalls ein Statement eingereicht und insbesondere die Identifizierung von und Unterstützung für Betroffene von Menschenhandel, die Verbesserung der aufenthaltsrechtlichen Situation Betroffener sowie den Zugang zu Recht und Entschädigung als notwendige Prioritäten benannt.

### **+++ Zwischenbericht zum Prostituiertenschutzgesetz +++**

Nach Inkrafttreten des Prostituiertenschutzgesetzes im Juli 2017, wurde nun ein [Zwischenbericht](#) auf Grundlage der durch die eingeführte Bundesstatistik erhobenen und verfügbaren Daten vom BMFSFJ erstellt. Der Bericht erkennt an, dass für 2017 viele Meldungen fehlten sowie Probleme beim Verwaltungsaufbau in einigen Bundesländern bestanden. Es wird zudem betont, dass es sich bei den Zahlen lediglich um einen Informationsausschnitt über legale Prostitution handelt.

### **+++ Schweizer Plattform gegen Menschenhandel +++**

Anlässlich des bevorstehenden Europäischen Tages gegen Menschenhandel lancierten vier Schweizer NGOs (FIZ, ASTRÉE, CSP und Antenna Mayday), die sich alle gegen Menschenhandel engagieren, die Gründung einer Schweizer Plattform gegen Menschenhandel, [„plateform traite“](#). Am 14.10.2020 findet eine [Gründungsveranstaltung](#) statt.

### **+++ Bündnis Istanbul-Konvention: Den Dambruch verhindern – die Istanbul-Konvention stärken +++**

Das Bündnis Istanbul-Konvention, ein Zusammenschluss von Frauenrechtsorganisationen in Deutschland, Verbänden und Expert\*innen gegen geschlechtsspezifische Gewalt, zeigt sich in einer [Pressemitteilung](#)

besorgt über aktuelle Angriffe auf die Istanbul-Konvention, den bedeutendsten Frauenschutzvertrag in Europa.

Von der Bundesregierung fordert das Bündnis, Gewaltschutz von Frauen und Mädchen zu einem Eckpfeiler deutscher Außenpolitik zu machen. Das Bündnis erklärt sich solidarisch mit den Frauenbewegungen und fortschrittlichen Kräften in Polen, Ungarn und der Türkei, die das Recht aller Frauen und Mädchen auf ein Leben ohne Gewalt verteidigen.

### **+++ GREVIO Staatenbericht zur Umsetzung der Istanbul Konvention in Deutschland +++**

Am 01.09.2020 hat Deutschland den ersten [Staatenbericht](#) zur Umsetzung der Istanbul-Konvention, die die Vertragsstaaten zur Bekämpfung und Prävention von Gewalt gegen Frauen verpflichtet, beim Europarat eingereicht. Der Bericht, der maßgeblich vom [Bundesfrauenministerium](#) in Zusammenarbeit mit zahlreichen Bundes- und Landesressorts verfasst wurde, spiegelt die Maßnahmen zum Schutz von Frauen vor Gewalt auf Bundes- und Landesebene wieder. Diese Maßnahmen zur Ratifizierung der Konvention werden nun im Folgenden von einer unabhängigen Expert\*innengruppe des Europarates, der [GREVIO](#) (group of experts on actions against violence against women and domestic violence), überprüft.

Zu diesem Anlass hat das Bündnis Istanbul-Konvention (BIK), das sich aus mehr als 20 Frauenrechtsorganisationen, darunter auch der KOK, zur Förderung der Umsetzung der Konvention in Deutschland zusammengeschlossen hat, eine [Pressemitteilung](#) herausgegeben. Das Bündnis verfasst zudem einen GREVIO-Alternativbericht, der Anfang 2021 erscheint. Zwei [Parallelberichte](#), die unter der Mitarbeit von Mitgliedsorganisationen des KOK e.V. (SOLWODI & terre des femmes) verfasst wurden, sind bereits bei GREVIO eingegangen und veröffentlicht.

### **+++ Eckpunktepapier zur Finanzierung der Hilfestrukturen für von Gewalt betroffene Frauen und ihren Kindern +++**

Die Zentrale Informationsstelle Autonomer Frauenhäuser (ZIF), der Bundesverband Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe (bff) und der Paritätische Gesamtverband haben ein gemeinsames [Eckpunktepapier](#) zur Finanzierung des Unterstützungssystems für von Gewalt betroffene Frauen und ihren Kindern veröffentlicht. Das Papier enthält zentrale Forderungen zu einer einzelfallunabhängigen, bundesweiten Finanzierung von Fachberatungsstellen, Schutzwohnungen und Frauenhäusern sowie zu einem niedrigschwelligen und bundeslandübergreifenden Zugang zu Hilfs- und Unterstützungsangeboten.

### **+++ LSG Hessen: Anspruch auf SGB-II-Leistungen für bulgarische Sexarbeiterin nach pandemiebedingtem Tätigkeitsverbot +++**

Rechtsanwältin Elisabet Poveda Guillén hat einen [Beschluss](#) des Landessozialgerichts Hessen erstritten, demzufolge einer bulgarischen Sexarbeiterin SGB-II Leistungen zugesprochen wurden. Die Frau hatte eine Selbstständigkeit gemäß § 3 Prostituiertenschutzgesetz angemeldet, musste diese Arbeit aber auf Grund des Tätigkeitsverbots im Zuge der Corona-Pandemie unterbrechen und auf sämtliche Einkünfte verzichten.

### **+++ Neue Plattform des Bundes für Betroffene von Straftaten +++**

Unter [www.hilfe-info.de](http://www.hilfe-info.de) hat das BMJV ein Portal für Betroffene von Straftaten eingerichtet. Auf der Website werden Informationen gebündelt, die Betroffenen von Straftaten, Angehörigen oder Zeug\*innen Hilfestellung geben sollen. Was ist, kann und sollte nach einer Straftat getan werden, wo kann Hilfe gefunden werden, welche Rechte haben Betroffene? Auf diese und weitere Fragen möchte das Portal Antworten geben. Über einen Beratungsstellen-Finder können Betroffene zudem Hilfsangebote in ihrer Nähe mit telefonischer, Online- oder persönlicher Beratung finden.

### **+++ Online-Infothek zum Thema Loverboys +++**

Die [Fachberatungsstelle Freija](#) in Freiburg hat eine Online-[Infothek](#) zum Thema Loverboys erarbeitet. Neben Definitionen, Zahlen und Fakten, bietet die Seite auch Online-Beratung an. Zudem gibt es viele

Informationsmaterialien, Videos, Hilfestellungen und Angebote zu dem Thema Loverboys für junge Menschen, Fachkräfte und auch für Eltern sowie Angebote für Schulungen und Workshops.

### **+++ Opferschutzportal Nordrhein-Westfalen +++**

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen hat am 07.09.2020 ein [Opferschutzportal](#) eröffnet. Es bietet Betroffenen von Gewalt, Angehörigen und Interessierten Informationen, schnelle Hilfe, bündelt alle geförderten Angebote des Landes Nordrhein-Westfalen auf einer Seite und führt so zu Hilfs- und Unterstützungsangeboten.

### **+++ 25 Jahre La Strada International +++**

Vor 25 Jahren, am 15.09.1995, wurde das erste La Strada Projekt unter dem Titel *Prevention of Trafficking in Women in Central and Eastern Europe* gestartet. Das ursprüngliche La Strada Projekt hat sich inzwischen zu einem europäischen NGO Netzwerk mit 26 Mitgliedern aus 23 Ländern entwickelt. Der KOK ist ebenfalls Mitglied des Netzwerks. Zum Jubiläumsjahr hat La Strada International eine Social Media Kampagne auf [Facebook](#), [Twitter](#) und der [Website](#) gestartet, in der über das Jahr hinweg auf 25 Jahre La Strada zurückgeblickt wird.

### **+++ 25-jähriges Jubiläum des Vereins VIELFALT e.V. +++**

Anlässlich seines 25-jährigen Bestehens hat der VIELFALT e.V. seine langjährigen Praxiserfahrungen aus der Beratung und Begleitung von Betroffenen organisierter und ritueller Gewalt in einer [einführenden Broschüre](#) zusammengefasst.

Insbesondere vor dem Hintergrund des medialen Echos bei Fällen wie [Lügde](#), [Staufen](#), [Bergisch-Gladbach](#) und [Münster](#), durch die organisierte sexualisierte Gewalt gegen Kinder ins Zentrum gesellschaftlicher Aufmerksamkeit rückte, ist diese Neuerscheinung von Dringlichkeit geprägt. Denn zu oft werden solche Fälle mit Floskeln wie „bisher unbekannt Dimensionen“ abgetan.

Die Broschüre gibt Hinweise, um Betroffene zu identifizieren und erklärt dissoziative Identitätsstrukturen als Überlebensmechanismus bei Gewalterfahrungen aber auch als Mittel zum Zweck von Täter\*innen im Rahmen von „Mind Control“. Zudem wird über Ausstiegs- sowie Unterstützungsmöglichkeiten informiert.

## **B. VERÖFFENTLICHUNGEN DES KOK**

---

### **+++ Menschenhandel in Deutschland – Rechte und Schutz für Betroffene +++**

Am 30.07. – dem Welttag gegen Menschenhandel – wurde das neue KOK-Buch *Menschenhandel in Deutschland - Rechte und Schutz für Betroffene* veröffentlicht.

Das Besondere dieser Buchreihe ist, dass sie die einzigen derart umfassenden Werke zur Thematik Menschenhandel und Ausbeutung in Deutschland enthält und auf der Expertise von Praktiker\*innen beruht. In diesem 2. Band beschreiben die insgesamt 26 Autor\*innen die verschiedenen Aspekte des Menschenhandels, die verschiedenen Formen der Ausbeutung und die Situation und die Rechte der Betroffenen basierend auf ihren Erfahrungen als Fachberater\*innen, Jurist\*innen, Wissenschaftler\*innen und Vertreter\*innen der Zivilgesellschaft. Das Buch umfasst 30 Artikel und wird sowohl auf Deutsch als auch Englisch veröffentlicht ([Blick ins Buch](#)).

Es kann beim KOK e.V. gegen Übernahme der Portogebühren erworben werden. Die englische Version ist auch als E-Book (für 1,99 € in unserem [Webshop](#)) verfügbar.

Bestellungen bitte an [info@kok-buero.de](mailto:info@kok-buero.de) richten.

### **+++ Erster KOK-Bericht zur Datenerhebung zu Menschenhandel +++**

Zum europäischen Tag gegen Menschenhandel am 18.10. wird der KOK seinen ersten Bericht zur Datenerhebung im Themenfeld Menschenhandel in Deutschland veröffentlichen. Darin wird ein partizipativer, zivilgesellschaftlicher Ansatz der Datenerhebung vorgestellt, der den Fokus auf die soziale und rechtliche Lage der Betroffenen von Menschenhandel und Ausbeutung legt. Der Bericht wird auf der Website des KOK zu finden sein.

### **+++ Menschenhandel im Kontext von Flucht – Leitfaden zur Unterstützung Betroffener +++**

In Kooperation haben der [AWO Bundesverband](#) und der KOK eine [Broschüre als praxisnahen Leitfaden](#) erstellt. Das Thema *Menschenhandel im Kontext von Flucht* ist eine Schnittstelle in der Arbeit verschiedener Akteure zivilgesellschaftlicher Organisationen. Dieser Leitfaden bietet eine Übersicht der Thematik für Fachkräfte in Deutschland. Neben rechtlichen Rahmenbedingungen zu Menschenhandel werden ebenso Indikatoren und praktische Hilfestellungen bei Verdachtsfällen aufgeführt. Darüber hinaus werden die Rechte von Betroffenen von Menschenhandel sowie zuständige spezialisierte Fachberatungsstellen und die derzeitige gegebene Unterstützungsstruktur dargestellt, um Akteuren eine erste Orientierung zu bieten. Auch die Situationen von Betroffenen von Menschenhandel, z.B. im Asylverfahren, wurden nicht ausgelassen, die Einblicke in die Lebensumstände gewähren.

## **C. KOK-INTERNE VERANSTALTUNGEN**

---

### **+++ Virtuelle Mitgliederversammlung des KOK +++**

Vom 15.-16.10. findet, erstmals virtuell, die zweite Mitgliederversammlung des KOK in diesem Jahr statt. Themen werden u.a. die Auswirkungen der Corona-Pandemie und der damit verbundenen Maßnahmen für die Arbeit der spezialisierten Fachberatungsstellen und für die Betroffenen von Menschenhandel und Ausbeutung, das Thema Flucht und Menschenhandel sowie die Bedenk- und Stabilisierungsfrist für Betroffene von Menschenhandel und ihre Umsetzung in der Praxis sein.

### **+++ Fachseminar KOK und BAMF +++**

Das gemeinsam vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und dem KOK e.V. organisierte Fachseminar am 26.11. bringt Vertreter\*innen spezialisierter Fachberatungsstellen (FBS) für Betroffene von Menschenhandel und Sonderbeauftragte für Opfer von Menschenhandel aus den BAMF-Außenstellen zusammen. Bereits 2017 und 2019 fanden Praxisfachtage statt, die die regionale Vernetzung zwischen FBS und Sonderbeauftragten und gegenseitiges Kennenlernen mit dem Ziel einer verbesserten Kooperation ermöglichten. Ein Schwerpunktthema werden Betroffene von Menschenhandel aus Nigeria sein.

## Unterstützen Sie unsere Arbeit!

Mit Ihrer Spende leisten Sie einen wichtigen Beitrag zu unserer Arbeit gegen Menschenhandel und für die Durchsetzung der Rechte der Betroffenen.

### Jede Spende hilft!

Evangelische Bank eG

IBAN DE43 5206 0410 0003 9110 47 • BIC GENODEF1EK1



Spendentelefon: 0900-1565381

Bei einem Anruf werden direkt 5 EUR zugunsten des KOK e.V. von Ihrer nächsten Telefonrechnung abgebucht.

Oder spenden Sie ganz einfach beim Online-Shopping: Auf <https://www.boost-project.com/de/charities/561> klicken und mit jedem Einkauf Gutes tun!

## D. VERANSTALTUNGEN

---

### +++ Menschenhandel in Thüringen erkennen und handeln +++

Bei dem gemeinsamen Fachtag von refugio thüringen e.V., ECPAT Deutschland e.V., dem Netzwerk Ost der spezialisierten Fachberatungsstellen gegen Menschenhandel und der Beauftragten für Integration, Migration und Flüchtlinge des Freistaats Thüringen in Zusammenarbeit mit der Diakonie Mitteldeutschland am 06.10.2020 wurde über die Bekämpfung des Menschenhandels und die Unterstützung Betroffener in Thüringen sowie über die Notwendigkeit der guten Kooperation diskutiert. Der Aufbau regionaler Strukturen in Thüringen, dem einzigen Bundesland ohne spezialisierte Fachberatungsstelle für Betroffene von Menschenhandel, stand im Fokus des Austauschs.

### +++ Moderne Sklaverei in Europa – zwischen Menschenhandel, Zwangsarbeit und Ausbeutung der Arbeitskraft +++

Der Fachtag der Diakonie am 16.09.2020 sollte die rechtlichen und sozialen Rahmenbedingungen zum Thema Zwangsarbeit und Menschenhandel darstellen und deutlich machen, wie Arbeitsausbeutung und Menschenhandel funktionieren und wie sie im Arbeitsalltag erkannt werden können. Zudem wurde diskutiert, was Betroffene brauchen, um gegen Ausbeutung vorzugehen und ihre Rechte durchzusetzen. In verschiedenen Vorträgen mit anschließenden Diskussionen, u.a. durch Mitarbeiter\*innen aus rumänischen Hilfsorganisationen, der Servicestelle gegen Zwangsarbeit und auch des KOK, wurden die unterschiedlichen Aspekte dieser Menschenrechtsverletzungen dargestellt und nach Strategien zum Schutz der Betroffenen gesucht.

## KOMMENDE VERANSTALTUNGEN

### **+++ Online Kurs Plattform von HELP +++**

Die Plattform HELP (Human Rights Education for Legal Professionals) des Europarates bietet ein breites Spektrum an kostenfreien [Online Kursen](#) zu Menschenrechten an. Zu den Themen zählen u.a. Einführung in die Europäische Menschenrechtskonvention und den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, Asyl, Anti-Diskriminierung, Arbeitsrechte, Bekämpfung des Menschenhandels, Verfahrensgarantien in Strafverfahren und Opferrechte sowie Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt. Einige der Kurse können auf Deutsch belegt werden. Ziel des Angebots ist es, Jurist\*innen über Menschenrechtsstandards in Europa zu informieren.

### **+++ Expert\*innen Gespräch am EU – Tag gegen Menschenhandel +++**

Zum jährlichen europäischen Tag gegen Menschenhandel am 18.10. wird die Geschäftsführerin des KOK e.V., Sophia Wirsching, in diesem Jahr mit Dr. Dorothea Czarnecki, kommissarische Geschäftsführerin von ECPAT e.V. in einem virtuellen Rahmen ein Expert\*innen Gespräch zum Thema Handel mit Erwachsenen und Minderjährigen führen. Der Fokus wird dabei insbesondere auf die dringenden Herausforderungen durch die COVID-19-Pandemie auf Betroffene von Menschenhandel gelegt. Ein Bezug zur Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung wird dabei ebenfalls in Betracht gezogen.

Die virtuelle Diskussion findet auf Englisch am 18.10.2020 von 15.00-16.30 Uhr statt. Anmeldungen sind [hier](#) möglich.

### **+++ ECPAT lädt zu dem Online-Seminar „Kinderhandel und Ausbeutung im Migrations- und Asylkontext“ ein +++**

Am 27. Oktober 2020 veranstaltet [ECPAT Deutschland e.V.](#) ein kostenfreies [Online-Seminar](#) zum Thema *Kinderhandel und Ausbeutung im Migrations- und Asylkontext*. Andrea Hitzke (Dortmunder MiMi/Vorstand KOK) und Tobias Hinz (Sonderbeauftragter zu MH im BAMF) vermitteln grundlegendes Wissen zu Menschenhandel mit (un)begleiteten Minderjährigen und beleuchten besondere Vulnerabilitäten, Strategien zur Erkennung und Reaktion sowie rechtliche Bestimmungen im Migrations- und Asylkontext.

### **+++ IOM Online Kurs zu Menschenhandel in humanitären Krisensituationen +++**

Die Internationale Organisation für Migration (IOM) stellt einen [Online-Schulungskurs](#) zum Thema Bekämpfung des Menschenhandels in humanitären Krisensituationen zur Verfügung. Der kostenfreie Kurs umfasst 11 Module und sensibilisiert für das häufig zu wenig beachtete Risiko des Menschenhandels für Menschen, die von Konflikten, Instabilität, Naturkatastrophen und Vertreibung betroffen sind. Verfügbar ist der Kurs auf Englisch, Französisch, Spanisch und Arabisch.

## **E. RECHTLICHE ENTWICKLUNGEN**

---

### **+++ Stellungnahme zur Psychosozialen Prozessbegleitung im Strafverfahren und § 406g StPO +++**

Der KOK nimmt im Rahmen der Verbändebeteiligung zur Vorbereitung eines Berichts an den Normenkontrollrat [Stellung](#) zu § 406g StPO sowie zum Gesetz über die Psychosoziale Prozessbegleitung im Strafverfahren.

Darin wird u.a. verstärkt das Erfordernis der besonderen Schutzbedürftigkeit diskutiert und die (teilweise) Aufhebung oder Konkretisierung durch Regelbeispiele empfohlen. Die Psychosoziale Prozessbegleitung für nebenklageberechtigte Personen sollte nicht an einen unbestimmten Rechtsbegriff wie die „besondere Schutzbedürftigkeit“ gekoppelt, sondern ein Rechtsanspruch geschaffen werden. Alternativ sollte der unbestimmte Rechtsbegriff der „besonderen Schutzbedürftigkeit“ weiter ausgeformt werden. Auch in den Mindeststandards der Psychosozialen Prozessbegleitung, die von einer Arbeitsgruppe des Strafrechtsausschusses der Justizminister\*innenkonferenz (JUMIKO) vorgelegt wurde, werden u.a. die Betroffenen von Menschenhandel als besonders schutzbedürftige Verletzte genannt.

Betroffenen der Delikte Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit und Arbeitsausbeutung, Zuhälterei und Ausbeutung von Prostituierten sollte ein Rechtsanspruch auf eine Psychosoziale Prozessbegleitung zustehen, da hier generell von einer besonderen Schutzbedürftigkeit auszugehen ist. Bislang kommt aber noch ein erhöhter Begründungsaufwand auf die Betroffenen zu, um die besondere Schutzbedürftigkeit darzulegen.

### **+++ Stellungnahme zu geplanten Änderungen im AufenthG++**

Zum Referentenentwurf des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat zur Änderung des Aufenthaltsgesetzes, konkret § 62c – Ergänzende Vorbereitungshaft, hat der KOK im Rahmen der Verbändebeteiligung eine [Stellungnahme](#) verfasst.

Darin wird kritisiert, dass die geplante Änderung nicht-identifizierte Betroffene von Menschenhandel gefährden und sie in der Wahrnehmung ihrer Rechten erheblich einschränken kann. Besonders vulnerable Gruppen, wie Betroffene von Menschenhandel, finden keine ausreichende Berücksichtigung. Eine systematische Identifizierung ist äußerst schwierig, da Betroffene oft selbst nicht wissen oder verinnerlicht haben, dass sie sich in einer strafbewährten, ausbeuterischen Situation befinden.

## **F. INFORMATIONSMATERIAL UND PUBLIKATIONEN**

---

### **+++ UN-Bericht zu den Auswirkungen von Covid-19 auf moderne Sklaverei +++**

Der [UN-Sonderberichterstatte](#)r zu modernen Formen der Sklaverei legte am 04.08.2020 beim UN-Menschenrechtsrat einen [Bericht](#) zum Einfluss von Covid-19 auf moderne Sklaverei, unter anderem Menschenhandel, vor. Neben den durch die Pandemie entstehenden Risiken für Betroffene von moderner Sklaverei, werden Empfehlungen zur Milderung der Auswirkungen durch verschiedene Akteure erläutert.

### **+++ Lumos Report: Cracks in the System – Child Trafficking in the Context of Institutional Care in Europe +++**

[Lumos](#) hat den Report „[Cracks in the System](#)“ veröffentlicht, der als erster seiner Art die Verbindungen zwischen staatlicher Unterbringung Minderjähriger und Menschenhandel mit Kindern in Europa systematisch untersucht. Anlass ist der Umstand, dass sich Menschenhändler\*innen direkt an Kinder in Betreuungssystemen wenden, um sie für ihre ausbeuterischen Tätigkeiten zu rekrutieren, und dass sog. Care-Leaver (Personen, die von staatlicher Obhut in ein eigenständiges Leben übergehen) einem erhöhten Risiko der Ausbeutung ausgesetzt sind.

### **+++ Studien der Open Society Foundation zur Arbeitsausbeutung migrantischer Arbeiter\*innen in Nordeuropa +++**

Das [Open Society European Policy Institute](#) schließt mit einer Sammlung von [Fallstudien](#) an die zahlreich diskutierte Arbeitsausbeutung von Erntehelfer\*innen in Südeuropa an. Nun liegt der Fokus jedoch auf der

Betrachtung der Arbeitsverhältnisse in der landwirtschaftlichen Lebensmittelproduktion in bisher noch kaum beachteten nordeuropäischen Ländern, im Besonderen in Deutschland, den Niederlande und Schweden. Im Blick auf Deutschland fordern die Autor\*innen den Schutz der Landwirtschaft vor Preisdruck durch Einzelhandelsketten, vermehrte Kontrollen und Strafverfolgung bei Arbeitsausbeutung in Landwirtschaftsbetrieben, kostenlose Rechtsberatung für migrantische Arbeiter\*innen, genauso wie transparente und einheitliche Standards für Arbeitsbedingungen sowie deren Kontrolle durch Gewerkschaften und Dachverbände.

Aus aktuellem Anlass hat das Open Society European Policy Institute dieser Studie einen [Nachtrag](#) bezüglich der Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf migrantische Arbeit in der Lebensmittelproduktion in Süd- und Nordeuropa nachgestellt. Demnach habe die Pandemie die Grenzen langer Lieferketten aufgedeckt und ohnehin schon prekäre Arbeitsbedingungen vieler Arbeiter\*innen in der Lebensmittelproduktion weiter verschlimmert. Die Autor\*innen kritisieren die lediglich kurzfristigen Hilfsmaßnahmen der Regierungen und fordern langfristige Maßnahmen für sichere Einreiserouten und transparente Lohn- und Arbeitsschutzrechte.

### **+++ OXFAM: Leitfaden zur Berücksichtigung von Menschenrechten in Lebensmittelproduktionsketten +++**

[OXFAM](#) hebt in einem [Artikel](#) vom Juli 2020 die Pandemie als Chance für eine fundamentale Veränderung der Lebensmittelindustrie hervor. Der Artikel enthält zudem einen Leitfaden zur Bekämpfung und Vermeidung von Arbeitsausbeutung und Menschenrechtsverletzungen sowie zur Verankerung von Menschenrechten auf allen Ebenen und Strukturen von Lebensmittelproduktionsketten.

### **+++ Leitfaden für Entscheidungsträger\*innen: „Nothing about us, without us“ +++**

Die University of Nottingham hat einen strukturierten [Leitfaden](#) zur Einbeziehung von ehemaligen Betroffenen von Menschenhandel in politische Entscheidungsprozesse veröffentlicht. Damit sollen besonders lokale und nationale politische Entscheidungsträger\*innen in Regierung, Wirtschaft und im öffentlichen Dienst erreicht werden. Eine Beteiligung kann in zahlreichen Facetten auftreten, z.B. können ehemalige Betroffene in Beratungsfunktionen fungieren oder Leit- und Richtlinien kommentieren, entwickeln und bewerten. Hintergrund ist die Kritik, dass, besonders im Vereinigten Königreich, ehemalige Betroffene von Menschenhandel von Gesprächen über die Auswirkungen und die Wirksamkeit einschlägiger Regelungen und Angebote und darüber, wie diese verbessert werden könnten, ausgeschlossen seien. Die Hinweise des Leitfadens betreffen Planung, Durchführung und Nachbereitung von Beratungstreffen.

### **+++ „F.A.Q. Häufig gestellte Fragen an der Schnittstelle Gewaltschutz und Flucht“ von FHK & bff +++**

Die Frauenhauskoordinierung e.V. (FHK), der Bundesverband Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe – Frauen gegen Gewalt e.V. (bff) und Rechtsanwältin Barbara Wessel haben in Zusammenarbeit eine dritte, überarbeitete Ausgabe des [„F.A.Q. - Häufig gestellte Fragen an der Schnittstelle Gewaltschutz und Flucht“](#) veröffentlicht. Die Neuauflage gibt den Stand von August 2020 wieder und greift neben der Aktualisierung bestehender Inhalte unter anderem auch die geänderte Gesetzeslage durch das „Geordnete-Rückkehr-Gesetz“, die Einrichtung von sogenannten AnkER-Zentren sowie Rückmeldungen aus der Praxis auf.

### **+++ International Domestic Workers Federation: Forderungen für Beschäftigte in haushaltsnahen Dienstleistungen und Jahresbericht 2019 +++**

Die [International Domestic Workers Federation](#) (IDWF) hat einen [Artikel](#) herausgegeben, der die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf Beschäftigte in haushaltsnahen Dienstleistungen beschreibt sowie Forderungen an die Politik stellt. Vor dem Hintergrund der sozialen, wirtschaftlichen und rechtlichen Auswirkungen der Pandemie und der Bekämpfungsmaßnahmen auf diese Gruppe wird bewertet, wie sie von der Ausbreitung des Virus und der staatlichen Reaktionen darauf betroffen ist. Schließlich enthält der Artikel Empfehlungen zur Verbesserung der Situation der Beschäftigten in verschiedenen regionalen Kontexten.

Außerdem veröffentlichte die IDWF ihren [Jahresbericht 2019](#) zur weltweiten Situation von Hausangestellten, nationalen und internationalen Kampagnen der IDWF im Jahr 2019, beispielsweise zu den Ratifizierungen von Konventionen gegen Arbeitsausbeutung von Hausangestellten und genderbasierter Gewalt, sowie Herausforderungen in der Arbeit der IDWF.

### **+++ Jahresbericht 2019 von PICUM +++**

Die Platform for Interational Cooperation on Undocumented Migrants (PICUM), ein Netzwerk verschiedener NGOs, die sich für soziale Gerechtigkeit und Menschenrechte einsetzen, darunter auch der KOK, hat ihren [Jahresbericht 2019](#) herausgegeben. Darin berichtet PICUM von Kampagnen und Konferenzen bezüglich der Themen Arbeitsrechte, Haft, Gesundheitsfürsorge, unbegleitete Minderjährige und Zugang zu Rechten sowie von der internationalen Vernetzung und der Integration in politische Prozesse, z.B. bei den Wahlen des Europäischen Parlaments.

### **+++ Berichtsentwurf über die Umsetzung der Dublin-III-Verordnung +++**

Der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres des Europäischen Parlaments hat am 30.06.2020 über den [Entwurf eines Berichts über die Umsetzung der Dublin-III-Verordnung](#) der Berichterstatteerin Fabienne Keller beraten. Im Berichtsentwurf wird der Schutz der Grundrechte, einschließlich des Schutzes von Kindern, Opfern von Menschenhandel und besonders schutzbedürftigen Personen in den Mittelpunkt der Maßnahmen zur besseren Umsetzung der Dublin-III-Verordnung gerückt. Die EU-Kommission wird dazu aufgefordert, die Einhaltung der Hierarchie der Kriterien genauer zu überwachen.

## **G. Neuigkeiten aus der KOK-Rechtsprechungsdatenbank**

---

### **+++ Beachtenswertes Urteil des Landgerichts Itzehoe vom 18.05.2020 in Strafverfahren wegen Zwangs zur Begehung von Diebstählen +++**

Auf die Berufung der Staatsanwaltschaft (StA) hebt das Landgericht (LG) Itzehoe eine Entscheidung des Amtsgerichts (AG) auf und [verurteilt](#) drei Angeklagte wegen schweren bzw. besonders schweren Menschenhandels zu mehrjährigen Freiheitsstrafen. Sie hatten in wechselseitigem Zusammenwirken einen obdachlosen und alkoholabhängigen Mann aus seinem Heimatland mit Arbeitsversprechen nach Deutschland gelockt und hier zur Begehung von Diebstählen gezwungen.

Das Amtsgericht hatte in der Vorinstanz lediglich wegen Diebstahlsdelikten zwei von ihnen zu Freiheitsstrafen auf Bewährung bzw. Geldstrafen verurteilt und den Dritten freigesprochen. Die Staatsanwaltschaft hatte dagegen Berufung eingelegt, da sie auch den Tatbestand des besonders schweren Menschenhandels erfüllt sah. Das LG sah dies ebenso und verurteilte sie zu 3 ½ bzw. 1 ½ Jahren und den dritten Angeklagten zu 9 Monaten Freiheitsstrafe ohne Bewährung.

## RUBRIK WISSEN – Auswirkungen der Pandemie auf Betroffene von Menschenhandel

---

Verschiedene Berichte und Analysen konstatieren, dass die Corona-Pandemie und die zu ihrer Bekämpfung ergriffenen Maßnahmen weltweit auch Auswirkungen auf besonders vulnerable Gruppen, wie Betroffene von Menschenhandel und Ausbeutung, haben.

Sie befinden sich im Allgemeinen in großer Unsicherheit, haben physische und psychische Verletzungen erlitten und verfügen häufig nicht über Mittel zur Bestreitung ihres Lebensunterhalts. Zusätzlich können sie sich möglicherweise in einer irregulären Migrations- oder Beschäftigungssituation befinden, ohne Dokumente oder Ressourcen zum Lebensunterhalt sein oder auch ohne Zugang zu medizinischer Versorgung.

Verschiedene internationale Organisationen haben in Veröffentlichungen, Stellungnahmen und Berichten auf die Auswirkungen der Pandemie speziell auf Betroffene von Menschenhandel hingewiesen.

Die Expert\*innengruppe des Europarats zur Bekämpfung des Menschenhandels GRETA weist in ihrer [Stellungnahme](#) auf die schwierige Situation der Betroffenen von Menschenhandel in der Corona-Pandemie hin und spricht zudem die Befürchtung aus, dass Kriminelle diese globale Krise aktiv dazu nutzen könnten, deren Verwundbarkeit auszunutzen, um ihren eigenen Profit zu steigern. Die Stellungnahme erinnert an die Verpflichtung der Vertragsstaaten, die Betroffenen des Menschenhandels zu identifizieren und Maßnahmen zu ergreifen, um sie bei ihrer physischen, psychischen und sozialen Genesung zu unterstützen, wobei ihre Sicherheits- und Schutzbedürfnisse zu berücksichtigen sind. Dabei sollten alle in nicht diskriminierender Weise, unabhängig von der Form der Ausbeutung und dem Land, in dem sie ausgebeutet wurden, unabhängig davon, ob sie Opfer von grenzüberschreitendem oder innerstaatlichem Menschenhandel wurden, berücksichtigt werden.

Das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) [weist](#) u.a. auf die eschwerte Identifizierung Betroffener von Menschenhandel während der Pandemie hin. Das Erkennen von Betroffenen ist schon unter normalen Bedingungen schwierig. UNODC befürchtet, dass COVID-19 die Aufgabe der Identifizierung der Betroffenen noch schwieriger macht. Sie sind zudem der Ansteckung mit dem Virus stärker ausgesetzt und haben weniger Zugang zu medizinischer Versorgung, um ihre Genesung sicherzustellen.

Das UNODC ergreift daher eine Reihe von Maßnahmen, u.a. die Bereitstellung von Zuschüssen an NGOs über den UN-Treuhandfonds für Opfer von Menschenhandel oder die Entwicklung von Schnellbewertungsinstrumenten für Länder, um die Auswirkungen der Pandemie auf Unterstützungsstrukturen für Betroffene sowie auf die Kapazitäten von Strafverfolgung und Justiz zu bewerten.

Die Interagency Coordination Group against Trafficking in Persons (ICAT), die von der UNO-Generalversammlung beauftragt wurde, die Koordination zwischen den UNO-Organisationen und anderen relevanten internationalen Organisationen beim Kampf gegen Menschenhandel zu verbessern, weist in einer [Stellungnahme](#) auf den eingeschränkten Zugang zu ihren Rechten für Betroffene von Menschenhandel hin. Der Zugang zur Justiz wurde durch die Beschränkungen zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie für Betroffene von Menschenhandel ernsthaft behindert, da die Angebote reduziert und Gerichtsverfahren eingestellt wurden. Gleichzeitig würden aufgrund von Lockdowns und Verschiebungen in den Prioritäten der Strafverfolgung weniger Betroffene identifiziert und weniger Täter\*innen verfolgt.

Auf geschlechtsspezifische Folgen der COVID-19-Pandemie, die durch bereits bestehende Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern noch verschärft werden und die konkreten Folgen für Frauen und Mädchen, die von Menschenhandel betroffen sind, machen das Office for Democratic Institutions and Human Rights und UN Women in einem gemeinsamen [Leitfaden](#) aufmerksam. Vor der COVID-19-Pandemie stellten Frauen und Mädchen weltweit, insbesondere aus marginalisierten Gemeinschaften, die Mehrheit der identifizierten Betroffenen von Menschenhandel, und es sei wahrscheinlich, dass sich dieser Trend während und nach der Pandemie fortsetzen wird.

Auf die Auswirkungen in Deutschland macht ein [Perspektivenpapier zu den Lehren aus der Coronakrise](#) des Forum Menschenrechte, an dem auch der KOK mitgewirkt hat, aufmerksam. Darin werden die Auswirkungen der Krise auf die Themen und Beratung zu Menschenhandel, Geflüchteten, Prostitution, LSBTI\*, Opfern häuslicher und sexualisierter Gewalt und zu sexuellen und reproduktiven Rechten jeweils kurz thematisiert. Zu jedem Bereich werden kurzfristige Maßnahmen sowie langfristige Lösungsansätze aufgezeigt.

Das Papier kommt zu dem Fazit, dass Personen unabhängig vom Geschlecht gleichermaßen von den Corona-Hilfsmaßnahmen und dem Konjunkturpaket profitieren müssen, staatliche Hilfen für Unternehmen an die Förderung von mehr Geschlechtergerechtigkeit, zum Beispiel durch Quoten, gekoppelt werden, alle Hilfsmaßnahmen unter genderspezifischen Gesichtspunkten mit Blick auf die Auswirkungen auf die verschiedenen Geschlechter evaluiert werden und bei allen Hilfsmaßnahmen vulnerable Gruppen (wie gewaltbetroffene Frauen, Geflüchtete, Betroffene von Menschenhandel oder Folter, Migrant\*innen mit prekärem Aufenthaltsstatus) als Zielgruppe mit bedacht werden müssen.



**Bundesweiter Koordinierungskreis  
gegen Menschenhandel e.V.**

Die Arbeit des KOK e.V. wird gefördert durch das  
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und  
Jugend (BMFSFJ)